

Weichen noch nicht gestellt

Vertreter der Koalitions-Parteien erwägen, Bremer Mittel in Lärmschutz zu investieren

VON
BETTINA GÖSSLER

Es war eine gut besuchte Sitzung mitten im Herzen des künftigen Geschehens. In der St. Michaelis-Gemeinde im Doventor ging es aufgrund der Debatte zu Lärmschutz und Bau der Oldenburger Kurve laut und hoch her.

WEST Die Kommunalpolitiker aus der Stadtmitte – das machten sie im Rahmen der jüngsten Beiratsitzung wieder deutlich – halten die von der Deutschen Bahn (DB) geplanten Lärmschutzmaßnahmen nach wie vor nicht für ausreichend. Deshalb haben sie am Montagabend einstimmig beschlossen, den Verkauf des Grundstückes für den Bau der Oldenburger Kurve solange abzulehnen, bis ein substanzial verbessertes Konzept zugesagt ist.

Klage der Anwohner und Beiräte wird vor dem OVG verhandelt

Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Staatsräten Wolfgang Golasowski (Bau/Verkehr) und Heiner Heseler (Wirtschaft) mit der Deutschen Bahn fanden weder die Beiratsmitglieder noch die Anwohner befriedigend.

So zeigten sich die Vertreter der Deutschen Bahn zwar bereit, sogenannte „besohlte Schwellen“ auf der Breitenweg-Brücke und dem anschließenden alten Ast der Oldenburger Kurve einzubauen und den Einbau einer



Wieviel Lärmschutz zahlt die Bahn? Noch ist das nicht abschließend geklärt.

Foto: av

Schlenenschmiereinrichtung an den Kurven zu prüfen. Ferner soll, soweit es der Betriebsablauf zulässt, der Verkehr nachts in erster Linie über die mit Lärmschutzwänden ausgestattete neue Oldenburger Kurve geführt werden.

In einer großen Zahl von Gesprächen mit Abgeordneten aller Fraktionen hatte der Beirat allerdings den Eindruck gewonnen, dass kein verantwortlicher Politiker die Berechtigung und Dringlichkeit der Forderung nach besserem Lärmschutz an den Gleisen der Bundesbahn be-

streitet.

Und darin wurden die Kommunalpolitiker jetzt bestätigt: Arno Gottschalk (umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion) und Matthias Güldner (Fraktionschef der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft) ließen am Montagabend durchblicken, dass ihre Parteien erwägen, Geld aus Bremen in den Lärmschutz zu investieren. „Sie sind zwar rechtlich nicht zuständig, aber moralisch ist das ein ganz feiner Zug“, so Ortsamtsleiter Robert Bücking erfreut. Aus dem Publikum gab es

ebenfalls einen spontanen Applaus.

Das weitere Prozedere gestaltet sich also wie folgt: Am kommenden Dienstag, 24. April, wird Beiratssprecher Michael Rüppel (Grüne) in der Bürgerschaft versprechen. Parallel dazu wird die Klage von Anwohnern und Beirat gegen das Gleis 1 vor dem Obergerichtsgericht behandelt. „Wir hoffen, dass das OVG dann ein Signal für mehr Lärmschutz formuliert und wir daraufhin bei der Bahn nachlegen, in dem wir ein weiteres Argument in der Hand haben“, so Bücking.